

Zeitschrift: Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

Herausgeber: Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Band: 6 (2013)

Heft: 15

Artikel: "Die Kantone haben sich vom Bund überfahren gefühlt" : Gespräch

Autor: Duvillard, André / Münger, Kurt / Aebischer, Pascal

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

André Duvillard, Delegierter des Bundes und der Kantone für den Sicherheitsverbund Schweiz

«Die Kantone haben sich vom Bund überfahren gefühlt»

Sicherheit basiert auf der Kooperation verschiedenster Partner – ganz besonders in einem föderalistischen Staat wie der Schweiz. Eine zentrale Rolle spielt da seit Anfang Juli 2012 André Duvillard. Der Delegierte des Bundes und der Kantone für den Sicherheitsverbund Schweiz sieht sich als Vermittler.

Herr Duvillard, welche Bedeutung hat für Sie Sicherheit ganz generell?

Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Sie ist auch im Alltag wichtig und gehört allgemein zur Lebensqualität. Ich setze mich seit vielen Jahren beruflich für die Sicherheit in der Schweiz ein.

Fühlen Sie sich privat sicher?

Wir leben in einem sicheren Land. Darauf möchte ich als jemand, der im Sicherheitsbereich tätig ist, besonders hinweisen. Tiefgreifende Massnahmen sind meiner Meinung nach nicht nötig. Ich habe oft Anrufe erhalten von Firmen, die mir – als Privatperson – Sicherheitssysteme zur Überwachung des Hauses verkaufen wollten; auch meine Nachbarn haben mich darauf angesprochen. Ich habe jeweils gesagt, ich selbst erachte solche Systeme nicht als notwendig. Es wird oft übertrieben.

Trotzdem hat Sie das Thema Sicherheit durch die ganze Karriere begleitet.

Ja, die Sicherheit ist sozusagen der rote Faden. Einstieg war mein Jurastudium. Zudem wurde ich Armeeoffizier und war fünf Jahre für das IKRK als Delegierter im Nahen Osten tätig. Dort habe ich erlebt, was es heisst, in einem Krisen- und Kriegsgebiet zu leben. Als Sekretär der Sicherheitspolitischen Kommissionen verbrachte ich ab 1991 fünf Jahre am Puls der Schweizer Sicherheitspolitik. 1997 wechselte ich als Jurist zur Neuenburger Kantonspolizei, später wurde ich Kommandant Stv. und 2005 Kommandant. Nach fünf oder sechs Jahren bei der Polizei war für mich klar, dass ich bis zur Pensionierung im Sicherheitsbereich bleiben will.

Fehlt Ihnen der Einsatz an der Front?

Das ist die Frage, die mir am häufigsten gestellt wird. Die Arbeit bei der Polizei habe ich mit Herzblut gemacht. Bei

grossen Einsätzen war ich immer an der Front, Tag und Nacht. Nach 15 Jahren war es Zeit für einen Wechsel. Wir brauchen in der Sicherheit, besonders in der inneren Sicherheit, neue Visionen. Für solche Arbeiten hat mir bis anhin die Zeit gefehlt.

Ich habe mich deshalb bewusst für einen Wechsel entschieden, die Konsequenzen waren klar: keine

André Duvillard

André Duvillard ist seit Anfang Juli 2012 Delegierter des Bundes und der Kantone für den Sicherheitsverbund Schweiz. Gewählt wurde er vom Bundesrat im Einvernehmen mit der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren KKJPD und der Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr RK MZF. Als Jurist, Polizei- und Armeeoffizier sowie als ehemaliger Sekretär der Sicherheitspolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte verfügt er über eine breite Erfahrung auf verschiedenen Ebenen des Sicherheitsverbundes. Zudem war er für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes IKRK als Delegierter in verschiedenen Krisengebieten. Zuletzt wirkte der 52-Jährige als Kommandant der Neuenburger Kantonspolizei.

André Duvillard ist zweisprachig, verheiratet und Vater von drei Kindern. Er wohnt im Colombier (NE).



«Niemand gibt gern Kompetenzen ab. Der Druck zur Kooperation ist heute aber gegeben.»

Uniform, kein Blaulicht, fünf Mitarbeitende statt 500. In den nächsten 13 bis 15 Jahren möchte ich auf einer anderen Ebene wirken. Ich habe mich gut eingelebt und die Themen, die wir jetzt im Konsultations- und Koordinationsmechanismus des Sicherheitsverbundes Schweiz KKM SVS aufbauen, sind sehr spannend. Die Frontaktivität vermisse ich nicht.

Sie haben nun Ihr Büro in unmittelbarer Nähe von Bundespräsident Ueli Maurer. Gleichzeitig sind Sie auch Beauftragter der kantonalen Regierungen ...

Meine Stelle ist eine Brücke zwischen Bund und Kantonen. Administrativ sind wir beim Generalsekretariat VBS angesiedelt, Auftraggeber ist aber die politische Plattform KKM SVS mit zwei Bundesräten und zwei Regierungsräten. Jedes Jahr wechselt in diesem Gremium der Vorsitz. 2012 hatte Regierungsrat Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor des Kantons Bern, den Vorsitz der politischen Plattform, dieses Jahr Bundesrätin Simonetta Sommaruga als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes EJPD. Das VBS ist das eigentliche Sicherheitsdepartement, sind doch hier die Armee, der Nachrichtendienst und der Be-

völkerungsschutz angesiedelt. Die grossen Elemente des Sicherheitsverbundes gehören dazu. Als Delegierter des Bundes und der Kantone bin ich für alle Partner Ansprechperson. Die Kantone erwarten ja gerade eine bessere Vertretung. Ich sehe mich als Vermittler zwischen Bund und Kantonen.

Schon früher wurde versucht, Bund und Kantone zu koordinieren.

Ich habe den Eindruck, die Kantone haben sich oft vom Bund überfahren gefühlt. Als Neuenburger Polizeikommandant erlebte ich Sitzungen, an denen drei Vertreter der Kantone und 14 Bundesvertreter beteiligt waren. Das war keine gute Ausgangslage.

Dem Sicherheitsverbund und dem KKM SVS ist es wichtig, dass das Ganze paritätisch aufgebaut ist. Meine erste Sitzung mit der politischen Plattform war auch die erste Sitzung von Regierungsrat Hans-Jürg Käser. Am Schluss der Sitzung sagte er, es sei das erste Mal gewesen, dass er als kantonalen Regierungsrat eine Sitzung leiten durfte, obwohl auch zwei Bundesräte teilnahmen. Das ist nur eine kleine Anekdote, die aber zeigt, wie wichtig es für die Kantone ist, als gleichwertige Partner behandelt zu



«Die Sicherheit ist sozusagen der rote Faden in meiner Karriere.»

werden. Ich hoffe, der paritätische Aufbau wird helfen, dass der fünfte oder sechste Versuch, Bund und Kantone zu koordinieren, von Erfolg gekrönt sein wird.

Ist es nicht so, dass zwar alle nach Koordination rufen, sich aber niemand gern koordinieren lässt?

Das stimmt schon, niemand gibt gern Kompetenzen ab. Der Druck zur Kooperation ist heute aber gegeben: Wenn die nötigen Finanzen fehlen, muss man zwingend mit den Partnern Lösungen finden. Und schmälert die Armee ihre Unterstützung der Kantone, muss die entstandene Lücke durch eine bessere Zusammenarbeit gefüllt werden. Dies kann zu regionalen Lösungen führen, auch im Bevölkerungsschutz. Ich denke etwa an die diskutierten regionalen Stützpunkte im Zivilschutz. Das ideale Modell wäre für mich, wenn die regionale Gliederung von Polizei, Bevölkerungsschutz und auch Militär übereinstimmen würde.

Die Kantone treten selten mit einer Stimme auf.

Genau das ist das Problem der Kantone. Im Bereich der Armee habe ich oft Klagen gehört, dass es 15, 22 oder gar 26 unterschiedliche Stellungnahmen zu den Unterstützungseinsätzen der Armee gebe. Natürlich sind im Kanton Zürich mit etwa 4000 Polizisten die Probleme und Anforderungen anders als im Kanton Freiburg mit 500 Polizisten. Trotzdem sollte man in der Lage sein, auf Stufe Kantone gemeinsame Ziele für die nächsten zehn Jahre zu entwickeln. Die Uneinigkeit bringt für den Bund natürlich auch Vorteile: Wenn sich die Kantone nicht einig sind, kann er seine eigenen Absichten leichter durchsetzen.

Was sind die wichtigsten Themen der neuen Struktur Sicherheitsverbund Schweiz?

Dazu gehören der ganze Bereich der subsidiären Unterstützung durch die Armee, die Weiterentwicklung der Armee, die Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+, die ABCN-Vorsorge, aber auch das Risikomanagement mit neuen Risiken wie «Cyber Risk».

Es ist mir wichtig, dass wir als Anlaufstelle anerkannt sind für die Lösungsfindung bei schwergewichtigen Fragen zwischen Bund und Kantonen im Sicherheitsbereich. Mein Ziel ist es, ganz konkrete Probleme anzupacken und Lösungen zu finden. Es gilt zu beweisen, dass der KKM SVS einen Mehrwert bringt. Wo die normalen Strukturen und Abläufe funktionieren, braucht es mich nicht.

Sie haben den Strategiebericht Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ erwähnt.

Der Bevölkerungsschutz ist eines der zentralen Elemente des Sicherheitsverbundes. Die heutigen Gefahren sind primär naturbedingte und technische Katastrophen – das sind Themen des Bevölkerungsschutzes. Vor 30 Jahren stand die Armee mit dem Verteidigungsfall im Zentrum, heute geht man in zwei Richtungen: Bevölkerungsschutz und innere Sicherheit. Die Armee unterstützt beide Bereiche im Rahmen der subsidiären Einsätze.

Bei der Umsetzung der Strategie gilt es jetzt, Massnahmen zu treffen, etwa im Bereich der Dienstpflicht. Von den Feuerwehren höre ich den Wunsch, die bestehenden Dienstpflichten in die allgemeine Wehrpflicht aufzunehmen. Man muss die Bereiche des Bevölkerungsschutzes stärken können, wenn auch nicht unbedingt bei den Beständen. Ich denke an regionale Lösungen: in der Ausbildung, in der Materialbeschaffung, in der Einsatzdoktrin usw. Man muss den Bevölkerungsschutz ganz allgemein stärken. Viele denken, Bevölkerungsschutz sei ein anderes Wort für Zivilschutz.

Wie nehmen Sie den Zivilschutz wahr?

Ich habe den Eindruck, die Leistungen des Zivilschutzes sind ganz unterschiedlich, je nach Kanton und Gemeinde. Der Zivilschutz sollte nahe bei seinem Grundauftrag bleiben. Er darf nicht missbraucht werden. Das System ist zwar so, dass ein Kanton oder eine Gemeinde über Aufgebote entscheiden kann, trotzdem sollten keine Patrouillen zur Diebstahlbekämpfung aufgeboden werden. Das ist nicht Zweck und Auftrag des Zivilschutzes.

Herr Duvillard, besten Dank für dieses Gespräch.

Interview:

Kurt Münger

Chef Kommunikation, BABS

Pascal Aebischer

Redaktionsleiter «Bevölkerungsschutz», BABS